



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Kreisordnung

Antrag der Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung
Drucksache 16/1147

Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung zur Änderung der Kreisordnung dem Innen- und Rechtsausschuss federführend und dem Petitionsausschuss mitberatend durch Plenarbeschluss vom 28. Februar 2007 überwiesen.

Die Vorlage ist in mehreren Sitzungen des Innen- und Rechtsausschusses, zuletzt in seiner Sitzung am 5. September 2007, beraten worden. Der Petitionsausschuss hat am 29. Mai 2007 eine Anhörung der Initiatoren der Volksinitiative durchgeführt.

Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP, den Antrag der Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung zur Änderung der Kreisordnung, Drucksache 16/1147, abzulehnen.

Begründung:

Der Landesgesetzgeber ist gemäß der Landesverfassung für die Verwaltungsorganisation im Land zuständig. Er sollte diese Souveränität nicht dadurch abgeben, dass er aufgrund einer gesetzlichen Regelung bei einer Veränderung der Kreisgebietsgrenzen betroffene Kreise um Zustimmung bitten muss.

Müsste das Parlament alle von Landesgesetzen Betroffene grundsätzlich um Zustimmung bitten, würde das die Funktion des Landesparlamentes überflüssig machen.

Werner Kalinka

Vorsitzender